

3. Siedlungsklima mit Bäumen verbessern

Motion Andrew Katumba (SP, Zürich), Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen), Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) vom 8. März 2021

KR-Nr. 60/2021, RRB-Nr. 438/21. April 2021 (Stellungnahme)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Er hat seine schriftliche Ablehnung am 21. April 2021 bekannt zu geben. Der Rat hat zu entscheiden.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Jetzt geht es erneut um Bäume, aber um Stadtbäume, und möglichst um jene, die nicht gefällt werden sollen. «Ein gefällter Baum wirft keinen Schatten», so besagt es ein altes chinesisches Sprichwort. Heute geht es um Ihre Solidarität. Heute geht es um Ihre Solidarität mit der städtischen Bevölkerung, denn diese benötigt dringend mehr Schatten und zwar nicht unter ihren Augenlidern, weil sie in den heissen Tropennächten kaum ein Auge zukriegt, nein, sondern auf den überhitzten Plätzen vor ihren Häusern. Denn die Hitzebelastung in unseren Städten nimmt weiter zu. Viele Menschen unter uns, insbesondere die Betagten, leiden an den zunehmenden «Hundstagen» im Sommer. Versiegelte Flächen bilden Hitzeinseln und verstärken den Effekt zusätzlich. Der Sommer 2022 gilt bereits heute als zweitheissester seit Messbeginn, und die Hitzeperiode von Mitte bis Ende Juli war die längste, die jemals in der Schweiz gemessen wurde. Allein die Monate Juni bis August waren im Durchschnitt 2,3 Grad wärmer als gewöhnlich. Mindestens 15'000 Menschen sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation, WHO, im letzten Sommer allein in Europa der Hitze zum Opfer gefallen. Für die Schweiz werden die definitiven Zahlen erst in den kommenden Monaten publiziert.

Es ist mir durchaus bewusst, dass wir hier im Kantonsrat den globalen Klimawandel nicht allein aufhalten können. Jedoch können wir, nein, es ist unsere Pflicht, die Bevölkerung vor dessen Auswirkungen zu schützen. Ich fordere Sie auf, über Ihren eigenen Schatten zu springen und für mehr Schatten zu sorgen, und zwar für mehr Schatten in unseren dichtbesiedelten und dicht versiegelten Städten und urbanen Zentren.

Bäume haben einen erheblichen und bisher ziemlich unterschätzten Einfluss auf das lokale Klima, wir haben es gehört: Ein ausgewachsener Baum verdunstet täglich rund 500 Liter Wasser und leistet so an Hitzetagen einen bedeutenden Beitrag zur Kühlung seiner unmittelbaren Umgebung. Seine Kühlleistung beträgt rund 30 Kilowatt und ersetzt somit die Leistung von rund zehn grossen Klimaanlage. Insbesondere Bäume mit grossen Kronen reduzieren die Wärmebelastung und tragen so zum Wohlbefinden, aber auch zur Lebensqualität der Bevölkerung bei. Sie sind also wahre Klima-Champions. Sie speichern und verdunsten Wasser, produzieren Sauerstoff, reduzieren den CO₂-Gehalt und kühlen die Umgebung ab. Und dabei benötigen Sie auch noch keinen Strom. Dennoch nimmt der Baumbestand

in den urbanen Siedlungsgebieten schleichend ab. Grund hierfür ist der Verdichtungs- und Nutzungsdruck insbesondere in unseren Städten. Diese Innenentwicklung ist zwar raumplanerisch erwünscht, führt jedoch auch zu einem Schwund des Baumbestandes. Während viele Gemeinden sich bemühen, in ihren Planungswerken und Bauvorschriften qualitative Grünräume zu fördern und ihren Baumbestand zu stärken, ist auf Privatgrundstücken ein Verlust der Baummasse festzustellen. Allein in der Stadt Zürich verschwinden jährlich rund 1,2 Prozent der Bäume, insbesondere auf Privatgrund. Bei Neubauten verunmöglichen gesetzlich vorgeschriebene Grenzabstände häufig die Pflanzung von Ersatzbäumen. Gründe für die Baumfällungen sind unter anderem die Verbilligung und die Rationalisierung des Facility-Managements. So werden zum Beispiel Laubwurf oder die verstellte Aussicht oft als Gründe für den Verzicht von Neupflanzungen vorgeschoben. Obwohl das Raumplanungsgesetz bereits heute schon viele Grünflächen und Bäume im Siedlungsgebiet fordert, erfolgt die Entwicklung nach innen oft auf Kosten von Freiräumen. Dadurch gerät die Biodiversität im Siedlungsgebiet zusätzlich unter Druck. Wie gelingt es uns also, den raumplanerischen Anforderungen gerecht zu werden und gleichzeitig die Lebensqualität für alle zu erhalten? Er hört sich beinahe an wie die Quadratur des Kreises, und hier genau knüpft unsere Motion an: Die Gemeinden sollen in ihren Nutzungsplanungen neue Zielsetzungen für einen minimalen Baumbestand formulieren dürfen. Grosse Bäume mit einer grossen Verdunstungs- und Beschattungsleistung sollen dabei geschützt werden dürfen. Zudem soll der Baumbestand in hitzegefährdeten Quartieren erhöht werden. Als Grundlage hierfür soll ein umfassender Baumkataster eingeführt werden, wo die Bäume hinsichtlich ihres Umfangs, der Baumkrone und ihrer Verdunstungsleistung kartografiert werden. Ich werde mir nun vorwerfen lassen, dass gerade die zunehmende gesetzliche Regeldichte gute Lösungen verhindert. Genau das Gegenteil ist aber der Fall: Die zahlreichen baulichen Anforderungen an ein Grundstück ermöglichen kreative, aber auch unkonventionelle Lösungen, Lösungen, mit denen man auch den Baum auf dem Grundstück und die Kirche im Dorf stehenlassen kann. Davon bin ich überzeugt, hier braucht es künftig mehr Flexibilität, mehr Flexibilität vonseiten der Grundeigentümerinnen, aber auch vonseiten der Behörden. Es ist höchste Zeit also, dass wir die Bäume besser schützen und ihre Leistungen für uns Menschen und für das Klima gebührend würdigen – ich komme zum Schluss –, denn sie sind wunderbare Wesen, sie sind äusserst genügsam, sie benötigen lediglich genügend Platz, etwas Sonnenlicht und Wasser. Klaglos atmen sie täglich unsere Ausdünstungen ein und spenden uns dafür saubere Luft und kühlen Schatten. Ich schliesse mein Votum erneut mit einem chinesischen Sprichwort: «Die beste Zeit einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren, die zweitbeste Zeit ist jetzt.» Ich danke für Ihre Unterstützung.

Peter Schick (SVP, Zürich): Diese Motion, über die wir jetzt reden, wird vom Regierungsrat abgelehnt mit der Begründung, dass er das Hauptanliegen in der PBG-Revision (*Planungs- und Baugesetz*) «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» verfolgt (*Vorlage 5860*). Diese wird in der KPB-Kommission (*Kommission für Planung und Bau*) behandelt. Ich hätte jetzt erwartet, dass diese Motion vom

Initianten zurückgezogen würde. Wir sollten jetzt zuerst das Ergebnis in der Kommission abwarten, statt jetzt schon über die Bäume zu reden. Ja, der Wahlkampf ist vorbei. Er (*gemeint ist der Erstunterzeichner*) hat jetzt aber noch die Möglichkeit zu reagieren und halt nach dieser Debatte die Motion zurückzuziehen. In der Kommission kann ja Herr Katumba die entsprechenden Anträge einreichen, damit seine Motion vollumfänglich umgesetzt wird. Der grüne Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*) hat in der genannten PBG-Revisions-Vorlage das umgesetzt, was wahrscheinlich überhaupt möglich ist. In der KPB-Kommission ist auch der richtige Ort für die Diskussion und nicht hier im Rat. Es soll nicht weiter eine Bürokratie aufgebaut werden, sprich das Führen eines Baum-Katasters, das wiederum nur speziell ausgebildete Personen führen können respektive bestimmt, welche Bäume erhalten werden müssen und welche allenfalls gefällt werden dürfen. Mehrausgaben für die Gemeinde sind mit dem aktuellen PBG-Gesetz schon möglich. «Der Baum, der Superman», so könnte der Titel dieser Debatte lauten. Nur noch nebenbei: Immer mehr Leute im Kanton beanspruchen Wohnfläche, Infrastrukturflächen et cetera, was dann auch auf Kosten von Grünflächen, Baumflächen et cetera geht. Die Menschen müssen ja irgendwie und -wo leben können, und das noch einigermaßen bezahlbar. Mit jeder unsinnigen Änderung im PBG wird das Bauen teurer. Das, was die Motion verlangt, wäre im aktuellen PBG schon möglich gewesen, wie schon einmal erwähnt. Lassen Sie uns doch jetzt die Diskussion in der Kommission führen, wenn gefordert mit Fachpersonen und nicht hier im Rat. Tun Sie es uns gleich und lehnen Sie diese Motion wie die SVP/EDU-Fraktion ab.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Wir anerkennen den grossen Nutzen und die wichtige Bedeutung von Bäumen im Generellen und von ausgewachsenen, grosskronigen Bäumen im dichtbebauten Siedlungsgebiet im Besonderen. Bäume kühlen und reinigen die Luft und tragen wesentlich zu einem angenehmeren Klima bei. Sie tun den Menschen gut. Auch bieten Bäume Raum für zahlreiche Tiere und Insekten und leisten damit einen Beitrag zur Biodiversität auch im städtischen Gebiet. Die Mitte setzt sich für einen klimaverträglichen Städtebau ein und steht grundsätzlich hinter Massnahmen, die das Lokalklima verbessern. Das Baumkataster mit Baumstandorten, Bezeichnung geschützter Bäume sowie weiterführenden Informationen zu den Bäumen ist hier ein gutes wie nützliches Instrument. Dennoch lehnen wir die Motion ab, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens: Gemeinden in unserem Kanton sind sehr unterschiedlich, zum Beispiel bezüglich ihrer Grösse, Lage und Einbettung in die Landschaft. Die Gemeinden sollen selbst entscheiden können, ob sie ein kommunales Baumkataster erstellen wollen. Hier setzen wir auf Gemeindeautonomie. Meine Gemeinde Meilen beispielsweise verfügt über ein Baumkataster. Da die Hitzebelastung insbesondere die städtischen Gebiete betrifft, können und sollen diese das Thema gezielt auf lokaler Ebene angehen.

Zweitens: Baumschutz sowie zonen- und gebietsweise definierte minimale Baumbestände, wie sie in der Motion gefordert werden, können schon heute von den Gemeinden in ihrer BZO (*Bau- und Zonenordnung*) vorgeschrieben werden.

Und drittens: Im Rahmen der PBG-Revision – das haben wir gehört – betreffend klimaangepasste Siedlungsentwicklung werden die Anliegen der Motion bereits aufgenommen, weshalb die Motion zur Unzeit kommt. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): Wenn ein Schreinerei-Inhaber wie in meinem Fall ein Loblied auf schattenspendende Bäume anstimmt, kann das ebenso für Stirnrunzeln sorgen wie die Unterschrift von Martin Neukom unter einer Petition für die Förderung von asphaltierten Strassen oder wenn sich Mario Fehr (*parteiloser Regierungsrat*) gegen Kandidaturen von Parteilosen aussprechen würde. Aber ich bin eben nicht nur Schreiner, sondern auch Stadtbewohner, Naturliebhaber, besorgter Bürger und Politiker. Daher sind für mich nicht nur gefällte Bäume gute Bäume. Ich weiss das Geschenk eines schattenspendenden Baumes sehr wohl zu schätzen, vor allem in Quartieren und Strassenzügen mit dem Endzeitcharme einer stillgelegten Autobahn oder wo Vorgartenversiegelungen für Backofentemperaturen sorgen. Ich stemme mich nicht gegen eine unvermeidbare und durchdachte innere Siedlungsentwicklung, wenn dies die weitere Zweckentfremdung vom Kulturland zu verhindern vermag. Doch je rarer die Räume zwischen den Gebäuden werden, desto bedeutsamer wird deren Ausgestaltung. Dabei gilt es einer naturnahen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum ebenso Beachtung zu schenken wie einer besseren Begrünung und Baumbepflanzung von privaten Grundstücken.

Doch gerade bei Letzteren fehlen den kommunalen Behörden meist die Werkzeuge für die Durchsetzung verbindlicher Vorgaben. So behindert zum Beispiel schon das bestehende Gesetz mit seiner Grenzabstandsregelung eine sinnvolle und ausreichende Bepflanzung von Freiräumen mit Bäumen. Im Weiteren fehlen Bestimmungen, die Bäume vor gefrässigen Kettensägen zu schützen.

Diese Motion hat klare Ziele, sie lauten: Wertvolle Bäume sind zu erhalten und der Baumbestand im Siedlungsraum ist zu erhöhen. Erfahrungen mit unsensiblen oder rein ökonomisch denkenden Bauherrschaften haben gezeigt, dass ohne Zielsetzungen für einen ausreichenden Baumbestand mit möglichst genauen Vorgaben nichts oder nur das absolute Minimum gemacht wird. «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» heisst das Gebot der Stunde, und Bäume spielen dabei eine entscheidende Rolle. Von diesem Gebot und den genannten Zielen ist die EVP voll überzeugt.

Vom in der Motion vorgeschlagenen Weg waren wir es aber ehrlicherweise zunächst nicht. Inzwischen haben wir aber unsere Meinung geändert, weil wir durch das Buschtelefon erfahren haben, dass für die Umsetzung der Kernforderungen dieses Vorstosses eine praxisnahe und pragmatische Ausgestaltung vorgesehen ist. Das heisst unter anderem, den Gemeinden genug Spielraum in der Anwendung zu lassen und verschiedene Ansprüche an Grundstücknutzungen in sachgerechter Form zu ermöglichen. Wir begrüssen es sehr, dass der Regierungsrat beabsichtigt, den zentralen Inhalt in dieser Motion in der laufenden PBG-Revision zu berücksichtigen. Wer die Natur nicht nur als Rohstofflieferant liebt, für eine klimafreundliche Politik einsteht und den Bewohnenden von Dörfern und Städten mehr Lebensqualität gönnt, wird diese Motion zusammen mit der EVP unterstützen.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Für uns alle ist sicherlich unbestritten, dass der Klimawandel und damit auch die Hitzebelastung gerade im Sommer ein grosses Problem darstellen. Deswegen hat die FDP natürlich auch die vorliegende Motion eingehend geprüft. Aus unserer Sicht braucht es aber nun wirklich keine Quadratur des Kreises, denn die Regierung hat sich dieses Themas ja bereits angenommen und da müssen wir nicht erst auf diese Legislatur schauen, nein, bereits in der Legislaturperiode 2015 bis 2019 wurden zwei Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und zur Anpassung an den Klimawandel festgesetzt. Ich verweise auf den Massnahmenplan Anpassung an den Klimawandel, er enthält nämlich zwei Massnahmen mit einem unmittelbaren Bezug zur Raumplanung: Die Massnahme K1 bezieht sich auf die Förderung lokalklimaangepasster Siedlungsentwicklung in Planungsinstrumenten und Rechtsgrundlagen. Und die Massnahme K2 formuliert den Auftrag, im kantonalen Richtplan auf der Grundlage der Planhinweiskarte lokal Klimaziele der klimaangepassten Stadtentwicklung zu bezeichnen und auch entsprechende Massnahmen festzulegen. Dies ist in der Richtplanrevision «Teilrevision 2020» und der PBG-Revision «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» vom Sommer 2021 durch die Direktion von Herrn Martin Neukom aufgenommen worden. Die Grundlagen sind also vorhanden.

Nun, die FDP teilt die Ansicht, dass mittels Steuerung der Siedlungsentwicklung die Folgen des Klimawandels aufgegriffen werden können und auch sollen. Daher unterstützen wir die Anliegen einer qualitätsvollen und auf Begrünung und die Förderung der Biodiversität ausgerichteten Aussenraumgestaltung, weil damit grundsätzlich der Lebensraum Siedlung für Mensch und Tier aufgewertet wird. Insbesondere verlangen wir auch eine differenzierte Haltung gegenüber der Versiegelung des öffentlichen Raumes. Und wir begrüssen auch gewisse Massnahmen gegen die übermässige Bildung von sogenannten Hitzeinseln. Durchgrünte Siedlungen mit schattenspendenden Bäumen und unversiegelten Flächen tragen sicherlich zur Minderung der sommerlichen Hitzebelastung bei, da sind wir uns alle einig, und mit der geplanten PBG-Revision sind die Anliegen der Motionäre – und so habe ich sie eben verstanden – durchaus aufgenommen worden. Wir sind der Meinung, dass es diese Motion nun wirklich nicht mehr braucht.

Ich nutze hier aber auch die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass mit der vorgeschlagenen PBG-Revision, die jetzt ja in der KPB diskutiert wird, stark in die Rechte und den privaten Gestaltungsspielraum der betroffenen Haus-, Grund- und Stockwerkeigentümer eingegriffen werden wird. So greift die Forderung nach einer Baumpflanzpflicht tüchtig in die Eigentumsrechte ein. Wir verlangen nachdrücklich und werden das auch in der KPB so formulieren, dass aus Gründen der Bestandesgarantie und der Verhältnismässigkeit keine Regelungen für Bestandesbauten vorzusehen sind. Für uns ein ganz wichtiger Hinweis ist auch der Hinweis auf die bereits heute vorhandenen Möglichkeiten der Gemeinden, vor allem auch im Hinblick darauf, dass eine differenzierte Sichtweise der Gemeinden in Bezug auf das Lokalklima sicherlich der beste gangbare Weg ist. In dieser Hinsicht sind

wir solidarisch mit den Städten. Auch die Städte Zürich oder Winterthur sind natürlich Gemeinden, und auch wir von der FDP lieben die Bäume und anerkennen durchaus ihren Wert. Aber es braucht diese Motion wirklich nicht mehr, darum lehnen wir sie ab.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Der Regierungsrat erachtet die Motion als unnötig, weil das Hauptanliegen mit der laufenden Revision des PBG aufgenommen werde. Ich komme darauf zurück, aber zunächst halte ich fest, dass die Motion tatsächlich unnötig sein müsste. Beim Gegenstand der Motion geht es nämlich um wahre Alleskönner oder «Supermen» wie Herr Schick das genannt hat. Denn Bäume kühlen die zunehmend überhitzte Umgebung ab. Sie befeuchten die Luft, sie binden Kohlendioxid und wirken so dem schädlichen Klimawandel entgegen. Sie filtern Staub und verbessern so die Luftqualität. Sie bieten im Siedlungsbrei eine erträgliche Stadtgestaltung und Orientierungshilfe. Sie spenden Schatten und sie sorgen für mehr Biodiversität. Es ist eigentlich undenkbar, dass wir Menschen freiwillig auf alle diese wichtigen Leistungen verzichten. Also muss man sich schon fragen, ob denn eine Motion für die Bäume nötig ist. Ja, ist es. Denn leider tun wir Menschen das eigentlich Undenkbare und lassen zu, dass laufend Bäume aus dem Siedlungsraum verschwinden. Wir Grünliberalen geben Gegensteuer und überweisen die Motion.

Jetzt noch zurück zur Argumentation des Regierungsrates: Tatsächlich hat er einen Entwurf für eine PBG-Revision vorgelegt, der mehr Spielraum für die Pflanzung von Bäumen bietet. Nur hat er damit, erstens, das Kernanliegen der Motion nach einem Baumschutz nicht erfüllt. Und, zweitens, ist noch lange nicht gesichert, dass dereinst eine gute Regelung für Bäume im revidierten PBG enthalten sein wird. Heute braucht es eine klare Aussage des Kantonsrates für mehr Bäume im Siedlungsraum, deshalb überweisen wir die Motion.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Ich bin Mitunterzeichner der Motion und wir Grünen erachten Bäume und den Baumschutz als eines der zentralen Elemente im Kampf gegen die Erhitzung. Bäume liefern darüber hinaus auch einen wertvollen Beitrag zur Siedlungsgestaltung und zum Wohlbefinden im öffentlichen Raum. Sie machen Siedlungen lebenswerter. Die Ablehnung der Motion wird vom Regierungsrat damit begründet, das Thema werde in der Vorlage 5860, Klimaangepasste Siedlungsentwicklung, aufgenommen. Das wurde auch von Votanten hier so angesprochen. Wer aber den Antrag der Regierung anschaut, sieht, dass dies nicht beziehungsweise nicht genügend der Fall ist. Bereits heute und seit Jahren können Gemeinden Inventare erstellen und Bäume oder Baumgruppen gebietsweise schützen. Aktive Gemeinden machen das auch, aber viele Gemeinden eben nicht. Es ist keine Pflicht. Ein Grossteil der Gemeinden hat den Baumschutz nicht umgesetzt und in der BZO bestehen keine entsprechenden Formulierungen. In der Folge haben sie dann auch keine Handhabe, Bäume zu schützen, Auflagen zum Erhalt oder zum Ersatz zu machen. Die neue Bestimmung in der Vorlage Klimaangepasste Siedlungsentwicklung erweitert zwar den Spielraum der Ge-

meinden. Sie können den Baumschutz nicht nur in eng begrenzten Bereichen, sondern flächendeckend über die ganze Gemeinde ausdehnen. Wir sind aber klar der Ansicht, dass die aktuellen Formulierungen in der Vorlage noch keine Umsetzung unserer Motion sind. Mit der Motion wollen wir, dass alle Gemeinden sich mit den Bäumen insbesondere im Siedlungsgebiet auseinandersetzen, schützenswerte Bäume auch schützen, Neupflanzungen planen und generell den Baumschutz in ihrer BZO besser verankern. Auch mit unserer Motion wollen wir nicht alle Bäume unter Schutz stellen. Wir wollen aber die Gemeinden verpflichten, sich um den Baumschutz aktiv zu kümmern. Wenn dann eine Gemeinde zum Schluss kommt, dass sie über genügend Bäume im Siedlungsgebiet verfügt, und keine Massnahmen ergreift, so ist das nach wie vor möglich. Diese Haltung soll aber aufgrund von vertieften Abklärungen nachvollziehbar beschlossen werden. Bitte überweisen Sie die Motion.

Judith Anna Stofer (AL, Zürich): Mit der politisch gewollten Siedlungsentwicklung nach innen und der zunehmenden Klimaerwärmung prallen zwei gewichtige Brocken aufeinander, für die wir sehr dringend Lösungen finden müssen. Die Siedlungsentwicklung nach innen hat in der Zwischenzeit ziemlich Fahrt aufgenommen, leider ohne allzu viele Gedanken an eine wohnliche, lebenswerte und klimaangepasste Gestaltung der Umgebung zu verschwenden. Ein Negativbeispiel ist die Europaallee, die im Sommer wegen ihrer versiegelten Asphaltflächen, den vielen Stein- und Glasfassaden und der Nichtberücksichtigung der Kaltluftströme in der Stadt beim Bau der Gebäude zu einer wahren Hitzehölle wird. Die Stadt Zürich hält in einem Merkblatt zur Hitzeminderung fest, dass eine Lufttemperatur von 30 Grad Celsius auf einem asphaltierten, unbeschatteten Platz in der Innenstadt an einem windstillen Tag einer Temperatur von sage und schreibe 43 Grad Celsius in einem geschlossenen Innenraum ohne direkte Sonneneinstrahlung entspricht. Das sind Temperaturen, die vor allem für ältere Menschen gesundheitlich negative Folgen haben können. Natürlich ist auch die Altstadt von Zürich ein Hitzehotspot im Sommer, doch die Altstadt mit ihren engen Gassen wurde in einer anderen Zeit ohne Klimaerwärmung geplant und gebaut. Heute wissen wir, dass die Klimaerwärmung uns zwingt, Siedlungsgebiete neu zu denken, klimaverträglicher zu bauen, die eminent wichtige Umgebungsplanung nicht ausser Acht zu lassen und vor allem auch die wichtige Funktion von Bäumen für die Hitzeminderung mit einzuplanen.

Vergleicht man die vielen Merkblätter zur Hitzeminderung von kantonalen und städtischen Stellen sowie von Gemeinden, dann fällt auf, dass Bäumen in allen Merkblättern eine wichtige Rolle bei der Hitzeminderung zukommt. Es sind teilweise richtig hymnische Hohelieder auf die Bäume. Leider entsprechen diese Loblieder auf die Bäume nicht der Realität, denn ein flächendeckender Schutz von Bäumen existiert in diesem Kanton nicht. Vielmehr hat das aktuelle Planungs- und Baugesetz dazu beigetragen, dass die Stadt Zürich bezüglich eines verstärkten Baumschutzes seit Jahren nicht vorwärtskommen kann.

Mit der Vorlage 5860 will der Regierungsrat das PBG für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung fit machen. Mit der Anpassung des Paragraphen 76 will er

den Baumschutz etwas verstärken, aber nur ein klein wenig, denn die ordentliche Grundstücksnutzung dürfte durch den Baumschutz nicht übermässig erschwert werden.

Weil uns von der Alternativen Liste der Baumschutz im Entwurf des revidierten Planungs- und Baugesetzes zu wenig weit geht, unterstützen wir die vorliegende Motion von SP, Grünen und GLP. Es braucht diese Motion, damit der Regierungsrat den Auftrag erhält, eine gesetzliche Grundlage auszuarbeiten, welche ermöglicht, den Baumbestand im Siedlungsraum zu erhöhen und den Baumschutz zu verstärken. Es geht nicht nur um wertvolle Bäume, sondern auch um die gemeinen Strassenbäume, die kein gutes Leben in unserem Kanton haben.

Bitte erlauben Sie mir noch ein Wort zum Schluss zum Themenkomplex «Private, öffentliche Hand und Baumschutz»: Obwohl die Stadt Zürich in der Öffentlichkeit viel über die Wichtigkeit des Baumschutzes spricht, ist es nicht so, dass sie diesen auch einhält. So fällt auch die Stadt Zürich in grossem Stil und ohne mit der Wimper zu zucken alte, grosskronige Bäume mit der dürftigen Begründung, sie seien eben alt und krank, oder wenn sie bei Infrastrukturprojekten, wie zum Beispiel beim Bau der Zufahrtswege zum Velotunnel unter dem Hauptbahnhof, im Weg stehen, so aktuell am Sihlquai, wo die Stadt auf einer Strecke von 200 Metern rund zehn alte, grosskronige Kastanien fällt, um eine provisorische Ersatzstrasse zu bauen. Auf der anderen Seite kenne ich private Hausbesitzer, die Vorplätze entsiegeln und Bäume pflanzen oder Neubauten um alte Bäume ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Es freut mich, von der Gegenseite zu hören, wie vorhin, dass der Baum eine starke Stellung erhält in der aktuellen PBG-Revision zur klimaangepassten Siedlungsentwicklung. Wir werden Sie daran erinnern. Ich plädiere dennoch für diese Motion. Es braucht sie für einen flächendeckenden Baumschutz. Der Wert der Bäume wurde zu lange unterschätzt. Der Nutzungsdruck führte zu Fällungen wertvoller Bäume. Die Baumlobby war zu schwach gegenüber der Lobby der Bauwilligen. Nun steigt der Leidensdruck. Wir können unsere – in Anführungszeichen – «optimierten» Siedlungen in den Sommermonaten nicht mehr bewohnen. Mir kommen Bilder der im Sommer ausgestorbenen Städte wie Mailand in den Sinn, entleert, weil die Hitzebelastungen nicht mehr auszuhalten sind. Im gewohnten Wohnumfeld zu bleiben, bleibt für immer mehr Menschen nicht mehr möglich. Wir müssen mit aller Kraft für mehr Baumbestand in der Siedlung sorgen. Die Motion soll für einen verstärkten Baumschutz sorgen. Unterstützen Sie die Vorlage.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Ich habe ganz zu Beginn dieser Amtszeit vor vier Jahren gesagt, wir sollten nicht nur sprechen, sondern einander auch zuhören. Und das ist ein Beispiel, diese Motion von Herrn Katumba, an dem ich das festmachen will.

Völlig unabhängig von den ganzen Bezeichnungen der Klima-Sekte können wir sagen, dass wir, jeder von uns, die heilsame Wirkung des Baums und von Bäumen in Siedlungen selber feststellen. Es ist eine entsetzliche Tendenz, dass unsere

grossen Städte dazu übergegangen sind, in einer Art stalinistischer Bauweise sämtliche Plätze zu verpflastern, zu asphaltieren oder etwa mit teurem Granit zu versiegeln, sodass jedes Pflänzchen ersticken muss. Es werden ganze Brigaden losgeschickt, um das Entstehen jedes Pflänzchens zu verhindern, damit ja nicht irgendetwas Grünes auftaucht. Wenn wir uns aber im Sommer, nun unabhängig von der ganzen Klimaentwicklung, wenn wir uns in einem heissen Sommer befinden und unter einen Baum stellen, so ist das zehnmal heilsamer, als wenn wir unter einem Sonnenschirm sitzen. Der Wald wird vom Bund schon geschützt. Der Baum in den Siedlungen und am Rand der Siedlungen muss vom Kanton geschützt werden.

Nun, deshalb würde ich inhaltlich, auch wenn ich meinen Kollegen durchaus verstehe, der sagt, es sei nicht mehr nötig, wir müssten es nicht als Motion formulieren, trotzdem sagen: Dass der Inhalt aufgenommen wird und unser Regierungsrat auch das starke Gefühl mitnimmt, dass es ein Anliegen des Kantonsrates ist, die Bäume im Siedlungsbereich zu erhalten, dass das wichtig ist. Gerade zum Beispiel die Stadt Zürich, auch die Stadt Winterthur und andere Städte, mähen alleinweise, Bäume nieder und versiegeln das Ganze, als ob es darum ginge, ein Pflaster auf eine Wunde zu setzen. Und ein Baum ist keine Wunde, sondern ein Baum ist ein Wunder der Natur. Hier tut es gut, wenn wir der Planung wieder etwas beibringen, dass sie sich um den Baum kümmern muss.

Ich wurde aber darauf hingewiesen, dass an sich das Richtige eine effektive Gesetzesänderung im PBG wäre. Also, ich hoffe, dass der Regierungsrat, wenn er sagt, dass er die Anliegen auch effektiv aufnimmt, auch ins Auge fasst, hier im Rahmen des PBG etwas zu machen. Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Obschon mir als Mensch und auch als Gemeindepräsident von Niederglatt die Bäume am Herzen liegen, werde ich die Motion nicht unterstützen. Sie haben das gelesen in der Stellungnahme der Regierung, es ist eine entsprechende Revision im Gange, welche in die richtige Richtung zielt. Und letztlich werde ich diese Motion nicht unterstützen aus einer ganz praktischen Sicht: Die Gemeinde Niederglatt wollte ihre Bau- und Zonenordnung revidieren. Sie hat angestrebt, diverse Punkte aus dieser bevorstehenden PBG-Revision bereits aufzunehmen: Grenzabstände für Baumpflanzungen von grosskronigen Baumpflanzungen et cetera zu verkleinern beispielsweise. Wir wurden von der Baudirektion ausgebremst, weil diese Revision noch nicht umgesetzt ist. Sie sehen also, dass auch in bürgerlichen Gemeinden dieses Thema voranschreitet, und mir ist es wichtig, dass es praktikabel voranschreiten kann. Es bringt nichts, wenn Sie mit dieser Motion ein kantonsweites Baumkataster einführen wollen, welches – ich zitiere – die Verdunstungs- und Beschattungsleistung enthalten soll. Also mit welchen Ressourcen wollen Sie das realisieren? Sie werden mit dieser Motion wieder unsäglich viele Ressourcen beim Kanton und auf Stufe Gemeinden in einem Thema binden, welches nur der Bürokratie dient. Und Sie sollten sich überlegen, dass Sie jene Personen, jene Fachkräfte, welche in diesen Themenbereichen sachkundig sind, dass Sie diese Arbeitskräfte sinnstiftend einsetzen, wo sie etwas bewirken können. Und mit einem Kataster an und für sich bewirken Sie nichts.

Schauen Sie dazu, dass Sie die Bürokratie abbauen können und diese Personen dort einsetzen, wo effektiv etwas bewirkt wird. Besten Dank. Lehnen Sie die Motion ab aus ganz praktischen Gründen. Besten Dank.

Andrew Katumba (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Besten Dank, Stefan, für deine Worte. Du bringst gerade ein Thema auf, bei dem es genau um diesen Punkt geht, du sagst, dass diese Motion nicht praktikabel sei. Sie ist es eben genau und das beweisen ja verschiedene Gemeinden. Man muss sich vorstellen: Die Bäume, das müssen Sie anerkennen, die Bäume gehören zur Infrastruktur der Gemeinden, und zwar zur ökologischen Infrastruktur. Der Regierungsrat hat das ja vorgespürt, es geht heute vermehrt um die ökologischen Infrastrukturen. Und zu dieser gehören nicht nur Randsteine, Poller und Gebäude, sondern zu dieser gehören vor allem auch – und um das geht es heute – die Bäume. Es ist heute kein Ding, diese Bäume zu kartografieren. Sie wissen es ja, es gibt diesen LiDAR-Scan, dieser wird ja auch vom BAFU (*Bundesamt für Umwelt*) durchgeführt. Da geht man mit einer Drohne oder mit einer Kamera über die Gemeinden und kann so elektronisch die Bäume und die Baumkronen abschnappen. Zudem können diese Bäume oder kann die ökologische Infrastruktur relativ einfach dann in den GIS-Browser (*Geografisches Informationssystem*) eingefügt werden und somit hat man dann auch eine Grundlage.

Ich möchte aber nochmals auf die Solidarität zu sprechen kommen – ich habe es eingangs meines Votums gesagt –, heute geht es um die Solidarität mit der städtischen Bevölkerung, und diese ist hier mit dieser Motion gegeben. Der Regierungsrat hat in seiner bürgerlichen Mehrheit diese Motion eben aus diesem Grund abgelehnt, weil – und da kommen wir nicht darum herum – wir über die Grenzabstände der Bäume sprechen müssen. Es stimmt, wir haben diese PBG-Revision, sie ist zurzeit in unserer Kommission. Und auch dort geht es dann wirklich ans Eingemachte, Und ans Eingemachte, das heisst, wie es Marzena Kopp oder sehr blumig auch Barbara Franzen gesagt hat: Wir müssen über die Grenzabstände sprechen, wir müssen über den Baumschutz sprechen. Heute können die Bäume zwar geschützt werden, aber es gibt nur einzelne Bäume, die geschützt werden können, aber nicht gebietsweise. Eine Gemeinde kann nicht sagen «wir schützen jetzt gebietsweise die Bäume nicht nur auf dem öffentlichen Grund, sondern auch auf dem Privatgrund», und da geht es auch um den Eingriff ins Privateigentum, plus ou moins. Und diese Abstimmung heute ist auch ein Zeichen dafür, wohin dann auch bei dieser PBG-Revision, wenn sie dann in mehreren Monaten hier in diesem Rat behandelt wird, die Reise geht. Wir wissen, die Mehrheiten sind auch heute sehr knapp. Ich weiss nicht, wie jetzt abgestimmt wird, insbesondere infolge eines Parteiwechsels, den wir kürzlich aus den Medien erfahren haben (*gemeint ist der Wechsel von Isabel Garcia von der GLP zur FDP*), da können wir wirklich sehr gespannt sein.

Ich möchte Herrn Valentin Landmann auch für die wirklich prosaischen Worte danken. Und ich hoffe, dass Sie standfest sind und diese Motion entsprechend unterstützen. Denn letztendlich würden Sie uns damit ein Zeichen geben, damit wir Ihr Votum heute direkt in die laufende PBG-Revision mit einbinden könnten.

Sie haben es mehrmals gesagt, wir sind in dieser Gesetzesberatung. Die Motion wurde zwar schon früher eingereicht, aber wir können Ihr Votum heute entsprechend wohlwollend aufnehmen in diese Diskussion der Gesetzesberatung. In diesem Sinne danke ich Ihnen herzlich für die Unterstützung.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte da gleich anschliessen, Andrew Katumba. Ich fordere die Akteure auf der anderen Ratsseite auf, der Motion nicht zu folgen, also nicht standhaft zu bleiben. Ich kann dir, Andrew, mein grundsätzliches Ja zur angestrebten PBG-Revision anbieten, aber heute sicher nicht ein Ja zu dieser Motion. Und ich halte mein Wort, wenn es auf der Gegenseite Personen gibt, welche zu dieser Bürokratie heute Nein sagen, mit Überzeugung Nein sagen, denn sie wird uns nicht voranbringen in der Problemlösung. Besten Dank.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) spricht zum zweiten Mal: Ja, eine kleine Replik auf dich, geschätzter Andrew Katumba. Du hast sehr schön erklärt, dass man mit LiDAR-Scanning tatsächlich herausfinden kann, wo gesunde Bäume sind, wo kranke Bäume sind, das wissen wir alle. Und du hast auch die Möglichkeiten dieser Technologie für die Begrünung der Städte und der Gemeinden ausgeführt. Dann aber zur Frage, die mich jetzt doch nochmals zu dieser Replik veranlasst: Du hast Solidarität mit der städtischen Bevölkerung gefordert. Nun diskutieren wir hier aber ja nicht über eine Motion, die nur die Städte betreffen wird, nein, wir diskutieren eine Motion, die alle Gemeinden im Kanton Zürich betreffen wird. Das ist auch richtig so, dass dies mit der PBG-Revision für den ganzen Kanton angegangen wird. Wenn ihr Solidarität mit der städtischen Bevölkerung fordert, dann fordere ich hier Solidarität mit den Landgemeinden. Denn diese wissen nämlich auch genau, wo sie ihr Klima, ihr Gemeindeklima mit Begrünung verbessern können. Und das wird in der PBG-Revision dann auch so umgesetzt werden. Also es geht hier nicht um Solidarität mit der Stadtbevölkerung. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 83 : 81 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 60/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.

Unruhe im Saal.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich bitte Sie, also wie Sie drücken, ob richtig oder falsch, das ist schon Ihre Angelegenheit (*Heiterkeit*).

Antrag auf Rückkommen.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Ich stelle den Rücktretensantrag (*Heiterkeit*), den Rückkommensantrag. Das wär's noch gewesen. Nicht meinen, sondern wenschon denjenigen der Frau Ratspräsidentin. Ganz so senil bin ich nicht. Frau Ratspräsidentin, ich stelle den Rückkommensantrag. Nein, schon klar, ich stelle den Rückkommensantrag, da hat es Unstimmigkeiten gegeben.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es gibt einen Rückkommensantrag, es braucht dazu 20 Stimmen. Will jemand noch etwas sagen? Nein, nicht, dann kommen wir zur Abstimmung über den Rückkommensantrag.

Abstimmung über den Rückkommensantrag.

Für den Antrag, auf die Abstimmung zurückzukommen, stimmen 86 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum erreicht, Rückkommen ist beschlossen.

Wiederholung der Abstimmung über KR-Nr. 60/2021

Der Kantonsrat beschliesst mit 85 : 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 60/2021 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.